



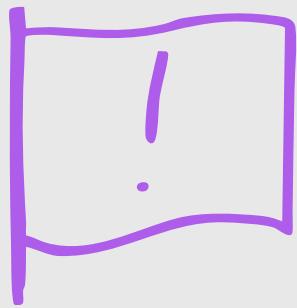
So wird Rheinland-Pfalz Kinder- Und jugendgerecht

Unsere Forderungen zur

Landtagswahl 2026

Rheinland-Pfalz





Vorwort

Kinder- und Jugendpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die alle politischen Handlungsfelder betrifft.

Junge Menschen sind nicht nur unsere Zukunft, sondern auch unsere Gegenwart. Gleichzeitig müssen junge Menschen die Folgen politischer Entscheidungen am längsten mittragen. Kinder- und Jugendpolitik ist daher untrennbar mit Generationengerechtigkeit verbunden.

Unsere mitwirkenden Organisationen verstehen sich als Werkstätten der Demokratie, in denen junge Menschen aktiv an demokratischen Prozessen teilhaben, gemeinsam Entscheidungen treffen und sich für eine gerechtere Zukunft einsetzen.

Die Perspektiven junger Menschen sind in aktuellen politischen Debatten aber kaum sichtbar.

Als ***Generation jetzt!*** fordern wir Politiker*innen auf Landesebene, auf allen Ebenen und aus allen Parteien auf, sich für eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft stark zu machen.

Beteiligung & Mitbestimmung

Wir fordern:

Das **Wahlalter** wird auf mindestens 16 Jahre abgesenkt.

Echte, institutionalisierte Mitspracherechte für junge Menschen werden ausgebaut. Beteiligung knüpft dabei an kindliche sowie jugendliche Lebenswelten an und Beteiligungsprozesse erfolgen zielgruppenbezogen und differenzsensibel.

Die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen werden immer und in allen politischen Bereichen mitgedacht. Die junge Generation muss die Folgen heutiger politischer Entscheidungen tragen und hat das Recht darauf, einen Einfluss darauf zu nehmen, insbesondere auf Klima- und Umweltpolitik, Sozialpolitik und die Folgen demografischer Entwicklung. Zudem braucht es einen Ausbau formeller und informeller Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen sowie die Berücksichtigung migrationsgesellschaftlicher Generationenunterschiede.

Kinder- und Jugendrechte werden vollumfänglich in der Landesverfassung verankert. So wird deren Schutz und Förderung rechtlich gestärkt.



Demokratiestärkung & Politische Bildung

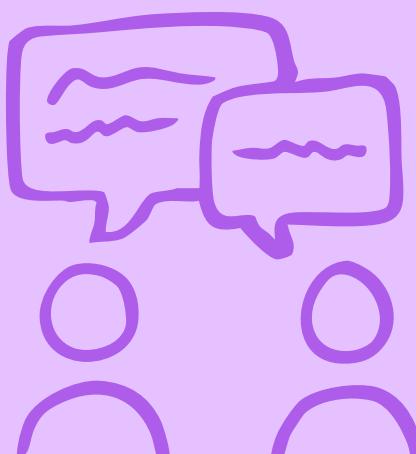
Wir fordern:

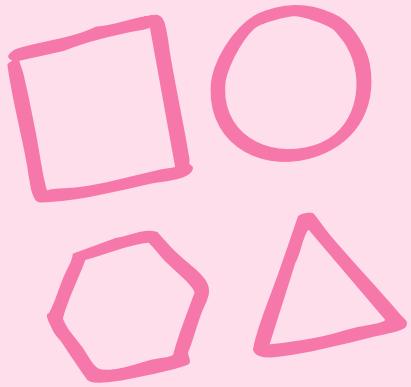
Eine klare Abgrenzung zu demokratiefeindlichen Parteien sowie keine Zusammenarbeit mit diesen.

Demokratiebildung wird in allen Schulformen stärker verankert. Politische Bildung und Partizipation von klein auf sind das Fundament einer lebendigen Demokratie.

Die Mittel für **außerschulische Jugendbildung** werden erhöht. Als erster Schritt sollte der Tagessatz für Maßnahmen der politischen Bildung von 7 auf 10 Euro pro Tag und teilnehmende Person erhöht werden.

Informelle Bildungsinhalte werden als Teil des Bildungsauftrags an junge Menschen anerkannt.





Vielfalt & Geschlechtergerechtigkeit

Wir fordern:

Eine diversitätskompetente Landespolitik, die intersektional denkt, Chancengerechtigkeit fördert sowie strukturelle Benachteiligung abbaut – in Bildung, Verwaltung, Kultur und politischer Entscheidungsfindung.

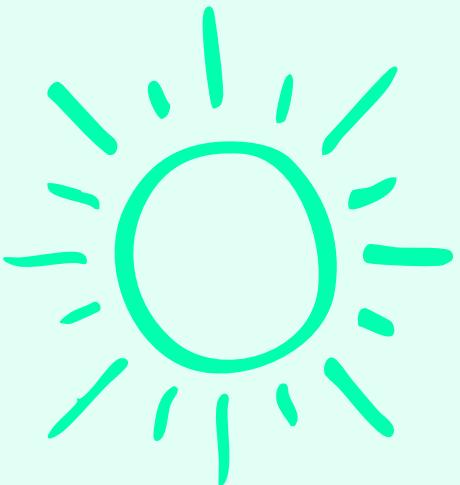
Die flächendeckende Einführung kostenloser Menstruationsprodukte in öffentlichen Gebäuden, beispielweise in Schulen und Hochschulen, und bei öffentlichen Veranstaltungen. Die Periodenprodukte sollen umweltverträglich sein und für die Toiletten aller Geschlechter zur Verfügung stehen.

Die konsequente Bekämpfung antifeministischer Entwicklungen, der Zusammenhang mit rechtsextremen Tendenzen ist offensichtlich.

Die Streichung des Begriffs "Rasse" aus der Landesverfassung sowie die **Ergänzung um den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität**.



Klima & Mobilität

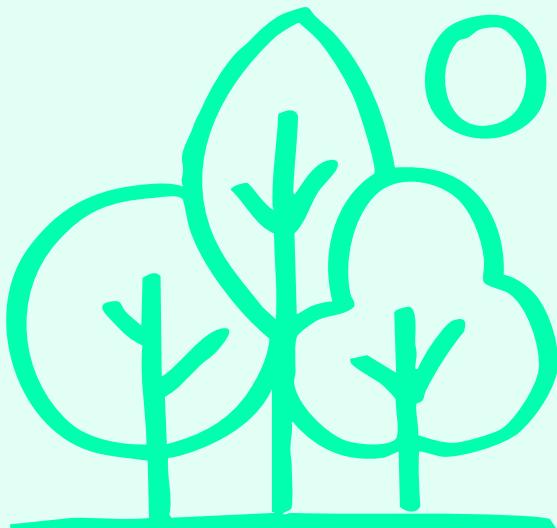


Wir fordern:

Generationengerechtigkeit als Leitlinie einer Landesregierung, die Klimaschutz als zentralen Bestandteil der Zukunftsgestaltung begreift. Dabei werden bei allen politischen Entscheidungen nicht nur die Bedürfnisse der Gegenwart berücksichtigt, sondern auch die Lebensqualität zukünftiger Generationen in Rheinland-Pfalz und weltweit gesichert.

Den flächendeckenden Ausbau des ÖPNV als umwelt- und jugendfreundliches Verkehrsmittel. Ein guter und verlässlicher ÖPNV ist essenzieller Bestandteil der ökologischen Verkehrswende und ermöglicht jungen Menschen, nachhaltig mobil zu sein.

Ein kostenloses Junge-Leute-Ticket in Rheinland-Pfalz für junge Menschen, Auszubildende, Frewilligendienstleistende und Juleica-Inhaber*innen.





Ehrenamt & freiwilliges Engagement



Wir fordern:

Eine umfassende Wertschätzung von ehrenamtlichem Engagement, beispielweise durch die Erhöhung der Attraktivität der Jugendleiter*innen-Card (Juleica).

Eine verbesserte Vereinbarkeit von Ehrenamt mit Schule, Ausbildung, Studium oder Beruf. Ehrenamtlichen darf durch ihr Engagement für die Gesellschaft kein Nachteil entstehen. Eine ausreichende Freistellung, voller Lohnausgleich, eine länderübergreifende Harmonisierung von Schul- und Semesterferien sowie die offizielle Förderung von ehrenamtlichem Engagement durch Bildungseinrichtungen sollen aktiv vorangetrieben werden.

Eine gute finanzielle Ausstattung von Freiwilligendiensten, um allen jungen Menschen einen solchen zu ermöglichen. Die Einführung eines Pflichtjahrs bzw. der Wehrpflicht lehnen wir ab.



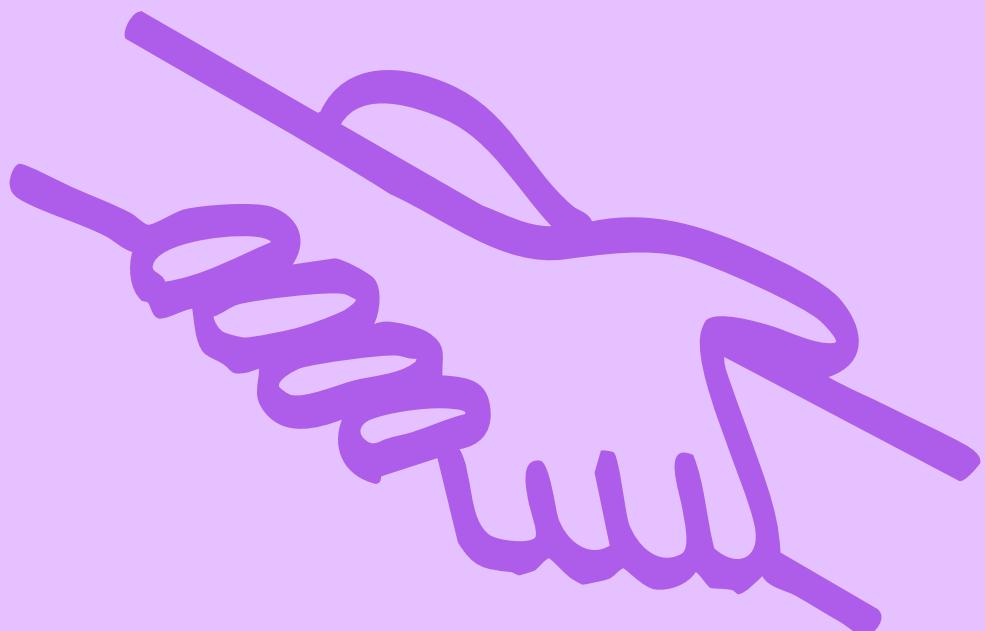
Armut & Chancengerechtigkeit



Wir fordern:

Den gezielten Ausbau eines integrativen, durchlässigen Bildungssystems, in dem Bildungschancen weniger von sozialem Status oder ökonomischen Voraussetzungen abhängen.

Eine höhere finanzielle Unterstützung für von Armut betroffene Kinder und Jugendliche, insbesondere für außerschulische Freizeitaktivitäten, um ihnen eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Ein erster Schritt ist die Erhöhung der Fördersätze für finanziell benachteiligte Kinder und Jugendliche in den Bereichen Soziale Bildung und die Ausweitung auf die Bereiche Politische Bildung und Schulung ehrenamtlicher Mitarbeiter*innen.



Digitale Teilhabe & Vernetzung

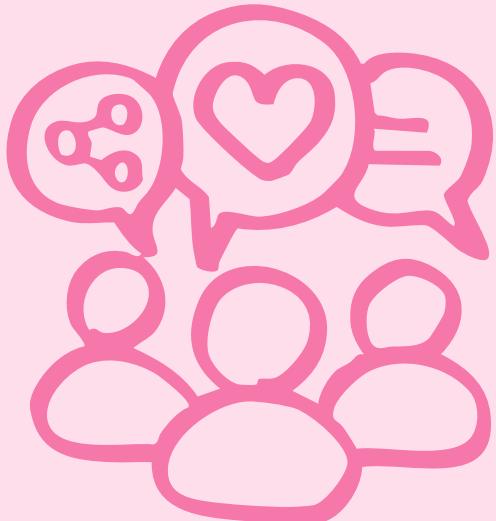


Wir fordern:

Den schnelleren Ausbau von digitaler Infrastruktur, um allen jungen Menschen einen gleichberechtigten und zuverlässigen Zugang zu digitalen Angeboten zu ermöglichen.

Die Förderung der digitalen Mündigkeit junger Menschen, beispielweise durch die Förderung inner- und außerschulischer medienpädagogischer Maßnahmen mit dem Ziel der Entwicklung einer verantwortungsbewussten, kompetenten und kritischen Mediennutzung im gesamten Lebensumfeld junger Menschen. Pauschale Handyverbote sind abzulehnen.

Die stärkere Nutzung digitaler Technologien für die Teilhabe junger Menschen an der Gesellschaft. Digitale Beteiligungsformate werden, beispielweise in Form einer zentralen Plattform, ausgebaut und verbindlich sowie transparent gestaltet. Sie werden barrierearm, verständlich und attraktiv konzipiert.



Zum Weiterlesen

- ▶ [Forderungen des Landesjugendrings RLP zur Landtagswahl 2026](#)
- ▶ [Beschluss "Politik für junge Menschen: auf allen Ebenen!" des BDKJ Speyer \(2025\)](#)
- ▶ [Forderungen des Landesjugendbeirats RLP zur Landtagswahl 2026](#)
- ▶ [Kinder- und jugendgerechte Gesellschaftsvision #GenerationJetzt zur Bundestagswahl 2025](#)
- ▶ [Website der bundesweiten Kampagne #GenerationJetzt](#)



Gemeinsam sind wir #GenerationJetztRLP



Bund der Deutschen
Katholischen Jugend
Diözesanverband
Limburg



Bund der Deutschen
Katholischen Jugend
Diözese Mainz



Bund der Deutschen
Katholischen Jugend
Diözesanverband
Speyer



Bund der Deutschen
Katholischen Jugend
Diözese Trier



Veranstaltungen und Formate fanden in Kooperation mit der Hochschule Koblenz statt.

Wir nehmen wir die Sache **selbst in die Hand** und setzen uns aktiv für die Anliegen von **Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen** ein. Und weil wir gemeinsam viel mehr erreichen können, laden wir euch ein, **mitzumachen** und Teil der **Generation jetzt!** zu werden!

Politik ist nur für Profis junge Menschen



#GenerationJetztRLP

BDKJ

Bund der Deutschen
Katholischen Jugend
Rheinland-Pfalz

herausgegeben von
BDKJ Landesstelle Rheinland-Pfalz
Webergasse 11
67346 Speyer

bdkj-rlp.de